

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofret ganzl., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeit oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Laibacher Zeitung.

## Amthlicher Theil.

S. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. März d. J. das ordentliche Mitglied des Istituto di scienze, lettere ed arti in Venedig Abate Nobile Pietro Canal zum Vizepräsidenten an diesem Institute allergnädigst zu ernennen geruht.

Heute wird in deutschem und zugleich slovenischem Texte ausgegeben und versendet:

Gesetz- und Verordnungs-Blatt für das Herzogthum Krain.

### IV. Stück. Jahrgang 1865.

#### Inhalts-Übersicht:

5.

Erlaß des k. k. Statthalters in Krain vom 20. März 1865, Z. 614/P.,

betreffend die Verlängerung des Termines zum Abbrennen des Laibacher Moorgrundes im Frühjahr 1865.

Vom k. k. Redaktions-Bureau des Gesetz- und Verordnungs-Blattes für Krain.

Laibach am 1. April 1865.

## Nichtamthlicher Theil.

Laibach, 31. März.

Das Urtheil, welches der Herr Staatsminister über die gegenwärtige Majorität der Opposition im Abgeordnetenhanse fällte, scheint ein sehr richtiges zu sein, denn es wird von einem Mann getheilt, der als Oppositionsmann bekannt genug ist — von Schusella. Derselbe schreibt in seiner „Reform“: „Man muß der jetzigen parlamentarischen Opposition arge Widersprüche vorwerfen. Sie dringt auf plötzliche große Ersparungen, ohne aber bisher etwas für die Aenderung des Systems gethan zu haben, das die Mehrausgaben veranlaßt, welche man daher nicht plötzlich herabsetzen kann, wenn man nicht tausende und tausende von schuldlosen Familien auf die Straße setzen will. Die parlamentarische Opposition verlangt mit besonderem Eifer eine bedeutende Reduktion der Armee, verlangt aber zugleich, daß Oesterreich in schwierigen Fragen der großen Politik das volle Gewicht seines Ansehens in die Waagschale werfen soll, wirft dem Ministerium mit Erbitterung vor, daß es sich von Preußen alles gefallen lasse, fordert mit Pathos, daß wir entschieden gegen die preussische Politik Front machen sollen. Wird aber Preußen die österreichischen Einwendungen berücksichtigen, wenn es hört, daß das österreichische Parlament mit einem wahren Angschrei verkündet, Oesterreich müsse alle auswärtigen Konflikte vermeiden, es sei nicht in der Lage, einen Krieg zu riskiren? Und werden die kleinen deutschen Staaten sich einem solchen Oesterreich anschließen, von dem sie fürchten müßten, daß es sie im Nothfalle verlassen und der preussischen Uebermacht preisgeben würde?“

Was muß das Ausland von Oesterreich denken, wenn es vernimmt, daß sich im Finanzausschusse des österreichischen Parlaments durch die Stimme eines k. k. Hofrathes die Ansicht geltend machen wollte, Oesterreich müsse auf unbestimmte Zeit hin auf die Stellung einer „fogenannten“ Großmacht verzichten, sich in ein Stillsitzen zurückziehen, um dann in einigen Jahren vielleicht wieder in die große politische Welt eintreten zu können. Ja, wenn das so ginge, wenn ein Staat, wie Oesterreich, sich zurückziehen könnte, wie etwa ein in seinem Vermögen zerrütteter englischer Lord, der einige Jahre hindurch irgendwo auf dem wohlfeilen Kontinent incognito lebt, um dann

wieder in London im Glanze der früheren Herrlichkeit auftreten zu können. — Oesterreich muß als aktive Großmacht existiren, sonst ist seine Existenz überhaupt in Frage gestellt. Daß unser Ansehen im Auslande gesunken ist, daß die Welt an der Großmachtfähigkeit Oesterreichs zu zweifeln angefangen hat, das ist mehr, als es kleinlich beschränkter Auffassung einleuchtet, eine der Hauptursachen aller unserer Kalamitäten, ganz besonders auch der finanziellen.

Ferner macht Schusella folgende treffende Bemerkungen: „Die schroffe Gegenstellung (jetzige Opposition und Ministerium) gehe weniger aus der Natur des Streitgegenstandes, als aus persönlicher Verstimmung und Verbitterung hervor.“ — „Daß es wegen einiger Millionen zum Bruch kommen soll, ist für keinen der beiden kämpfenden Faktoren in der Wesenheit der Dinge und Aufgaben begründet. Wenn das Abgeordnetenhaus mehr streicht, so ist dies kein prinzipielles Mißtrauensvotum und kein endgiltiger Beschluß!“ — „Dieses Votums wegen sollte das Ministerium nicht zurücktreten, wenn es sich sonst der Fähigkeit und Kraft bewußt ist, das begonnene Werk auszuführen.“ — „Für das Abgeordnetenhaus liegt in der Frage, ob einige Millionen mehr oder weniger erspart werden, durchaus keine Nothigung, es zum Bruch mit der Regierung kommen zu lassen, ja, die Abgeordneten sollten in der Konsequenz ihrer bisherigen Haltung diesen Bruch vermeiden.“

Schusella ist offenbar mehr Staatsmann, als irgend einer der gegenwärtigen Majorität der Opposition.

## Das Militärbudget für 1865.

(Original - Correspondenz.)

Wien, 29. März.

S. Z. Nachdem in der vorigen Woche das Schicksal des Graf Brints'schen Antrages in Betreff einer abgekürzteren Behandlung der Budgets 1865 und 1866 endgiltig entschieden wurde, steht der Detailberathung des Budgets für 1865 kein Hinderniß entgegen und wir erwarten von dem Plenum des Hauses, daß es kein Urtheil fälle, ohne der Regierung ebenso bereitwillig Gehör zu schenken, als den eigenen Referenten. Das gilt aber namentlich von den Berichten des Finanzausschusses über Armee und Marine, deren Erforderniß man rücksichtslos derart herabmindern will, daß die Abstrichsumme das diesjährige Gebährungsdefizit von 25 Millionen ausgleiche. Die Regierung hatte es nie unterlassen, die Anforderungen an die Staatsfinanzen kontinuierlich in dem Maße herabzudrücken, als es nur die politischen Verhältnisse erlaubten und sind demnach im Jahre 1862 143, 1863 118, 1864 110 und 1865 105 Millionen für das Erforderniß des Kriegsministeriums angesprochen worden. Aus Rücksicht für die Staatsfinanzen ging nun die Regierung bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit, indem sie unter der Voraussetzung des Requirements eine weitere Ersparniß von 20.1 Mill. an dem Gesamtvoranschlage für 1865 als möglich glaubt, wovon auf das Armeebudget 11 Mill. entfallen, was eine Differenz von 8.2 Mill. herausstellt, als der Referent des Finanzausschusses, Dr. Giska, abgestrichen wissen will. Würde Dr. Giska bei dem Kriterium des Militärbudgets nicht auf Festhaltung einer fixen Abstrichsumme, sondern auf die reelle, unparteiische Würdigung der Verhältnisse der Armee und ihrer nöthigsten Bedürfnisse, wenn sie nicht in ihrer Schlagfähigkeit bedroht werden soll, Rücksicht genommen haben, er wäre zu dem gegentheiligen Resultate gelangt sein. Nun zeigt sich nach einer genauen Untersuchung des Militärbudgetberichts, daß derselbe weder mit Umsicht, noch mit Sachkenntniß verfaßt ist. Ganz abgesehen von den falschen, prinzipiellen Anschauungen, von denen der Referent vielfach ausgeht, hat er seine Deduktionen

mit einer solchen Menge von Unrichtigkeiten, falschen Schlüssen, irrhümlichen Angaben, Fehlern und Widersprüchen versehen, wie sie nach mehrjähriger Uebung und bei der langen Zeit, die der Ausarbeitung des Berichtes zu Gebote stand, nicht vorkommen könnten, wenn diesem ganz parteilichen Berichte die Absicht überhaupt nicht zu Grunde liegen würde, durch eine künstliche Darstellungsweise die Regierungsvorlage zu verdächtigen und die öffentliche Meinung irrezuführen und zum Mißvergügen herauszufordern.

In dem Berichte wird behauptet, daß nach der politischen Lage Europa's für 1865 und die nächste Zeit überhaupt kein Krieg zu besorgen sei. Leider können wir diese Anschauung nicht theilen. Dänemark liefert hievon das treffendste Beispiel, nicht nur wie trügerisch in jetziger Zeit jede über die allernächste Zukunft hinausreichende Prophezeiung hinsichtlich der Entwicklung der politischen Fragen ist, sondern welche Gefahr für den Staat die unzeitige Schwämerung der zu voller Machtstellung als nothwendig erkannten Mittel im Gefolge haben kann. Wenn nun in dem Berichte des Dr. Giska der Vorwurf gemacht wird, daß den Beschlußfassungen des Reichsrathes über Herabminderung des Heereserfordernisses für 1864 bei dem Voranschlage für 1865 sehr wenig Rechnung getragen wurde, so glauben wir fest, daß ein Herabsetzen des Ordinariums unter die von dem Kriegsministerium bemessenen 92 Millionen nicht mehr stattfinden kann und daß überhaupt die Abstriche am Budget einmal eine Grenze finden müssen.

Und ist etwa, fragen wir, Oesterreich allein in der Lage, innerhalb der letzten Jahre und während der damaligen politischen Situation Europa's seine Armeeauslagen nach einem Maße bestimmen zu müssen, welches zunächst aus dieser Lage resultiren würde? Man weise nicht auf Frankreich oder Italien hin. Die wenigen Reduzirungen in dem neuen Italien haben gar keine Bedeutung; in Frankreich sind gar keine Reduzirungen vorgenommen worden, könnten jedoch dort sogar ohne irgend eine Gefährdung des Reiches viel leichter vorgenommen werden, als in Oesterreich, das leicht in die Lage kommen könnte, seine Armeen gleichzeitig auf drei ganz verschiedenen Kriegstheatern, nämlich am Rhein, in Italien und an seiner südöstlichen Grenze engagirt zu sehen. Ueberhaupt ist kaum eine politische Wandlung oder Tagesfrage innerhalb unseres Kontinents denkbar, die nicht alsbald Oesterreich mehr oder weniger in seinen nächsten Interessen berührte und in Mitleidenschaft zöge. Diese aber so eigenthümliche geographische, politische und militärische Stellung wird stets eine größere und kostspieligere Vorsorge in Oesterreich erfordern, als dies bei allen anderen Staaten nöthig ist. Uebrigens sehr bezeichnend ist es aber für den Charakter unserer Zeit, daß selbst der kleine Industriestaat Belgien sich in Betreff der Armeereduzirungsfrage den gebieterischen Nothigungen der Gegenwart nicht entziehen kann, obwohl ihm ewige Neutralität zugesichert worden ist. Auch in Belgien sehen wir die Kammeropposition gegen die Höhe des Militäretats vorgehen, und doch ist sich dort selbst Jeder klar bewußt, daß Belgiens Neutralität so lange gesichert ist, als sie von 150.000 tüchtigen Soldaten gestützt wird.

Es ist wohl nicht zu leugnen, daß sich Oesterreich durch die neueren Organisirungen und Verbesserungen in der Lage erhalten hat, beim Kriegsgebrauche eine respectable Macht aufzustellen; allein auch die anderen Mächte bleiben in dieser Beziehung nicht zurück, ja manche, wie wir ziffermäßig nachweisen können, überflügeln uns bedeutend, so zwar, daß Oesterreich immer der Anspannung aller Kräfte bedürfen wird, um sich bei einem europäischen Kampfe ebenbürtig zu zeigen. Ein Heruntergehen unter diese, das Ordinarium des Heereserfordernisses bildenden Summen ist demnach ganz unmöglich und würde nur ein Aufgeben der Machtstellung Oesterreichs sein, da

es die Erhaltung der auch unter den normalsten Verhältnissen für unbedingt nothwendig befundenen Organisation der Armee in Frage stellen würde. Uebrigens sind schon jetzt, wir wollen nur auf das nothwendige Vorwärtsschreiten mit den Erfindungen und Verbesserungen der Jetztzeit im Geschütz- und Festungsbauweisen hinweisen, die Mittel für Vieles geschmälert oder ganz entfallen, was zur Entwicklung des Heeres nach den Anforderungen der Zeit geboten wäre und was in allen anderen Armeen keinen Stillstand erleidet.

Mit Hinblick auf die Gefahren, die aus einer zu weit gehenden Schwächerung der für das Heer verlangten Mittel erwachsen können, fand sich in der Abgeordnetenkonferenz am 25. d. der Staatsminister veranlaßt, zu erklären, daß die Regierung rücksichtlich des Budgets 1865 bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit gegangen sei und daß sie in keine weiteren Reduktionen des Staatserfordernisses willigen könne. Wolle der Reichsrath größere Abstriche beschließen, so werden die Minister, das Unmögliche einsehend, sich veranlaßt sehen, Se. Majestät den Kaiser zu ersuchen, nach dero Weisheit das Weitere zu verfügen. Diese Worte verfehlten damals nicht ein allgemeines Aufsehen hervorzurufen und jene Ministerwechselgerüchte zu erzeugen, welche am letzten Samstag und Sonntag die Kreise der Residenz erfüllten. — Werden jedoch diese Worte mit jener nicht minder wichtigen Erklärung zusammengehalten, welche der Staatsminister seither in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses am Schlusse seiner eben so mächtigen, als formell ausgezeichneten Rede abgegeben hat — so dürften wohl alle Freunde einer stetigen und sicheren Entwicklung unseres Verfassungslebens die beruhigende Folgerung ziehen, daß dieselbe auch ferner jener kräftigen Hand, die sie bisher geleitet, anvertraut bleiben werde und daß der angekündigte Ministerwechsel nicht bevorstehe.

### 39. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 29. März.

(Schluß.)

Bevor zur Abstimmung über den Wunsch geschritten wird, bemerkt der Staatsminister, daß die Regierung in dem Statute des Staatrathes die Bedenken nicht erkennen kann, welche der Ausschuß darin findet, und daß es dem Hause freistehe, in diesem Punkte die Initiative zu ergreifen, die Regierung werde dann in der Lage sein, ihre Meinung darüber abzugeben.

Der Wunsch wird angenommen.

Abg. Hartig berichtet über Kap. V. Ministerrath.

Der Ausschuß beantragt, diese Post mit 69,608 Gulden zu bewilligen. (Angenommen.)

Abg. Eugen Kinsky referirt über Kap. VI. Ministerium des Aeußern.

Er benützt die Gelegenheit, auf die gestrige Rede des Staatsministers zu erwidern und fragt, ob von der Regierung die vom Hause nicht bewilligten Summen dennoch verausgabt werden würden, oder ob das Ministerium sich dem Votum des Hauses fügen werde. Man habe der Opposition den Mangel eines Programmes vorgeworfen; die Opposition habe ihr Programm am 26. Februar 1861 im Reichsgesetzblatte veröffentlicht und habe am 1. Mai desselben Jahres die Bestätigung desselben vom Throne herab erhal-

ten. Die Opposition werde in ihren bisherigen Bestrebungen fortfahren.

Präsident eröffnet die Generaldebatte.

Als erster Redner gegen die Ausschußanträge spricht

Abg. Brinz: Es falle ihm schwer, für das Ministerium des Aeußern zu stimmen. Redner vermisst die Vorlage des Friedensvertrages mit Dänemark, obwohl er zugebe, daß die Regierung dazu nicht die verfassungsmäßige Verpflichtung habe. Aber man hätte dem Hause die Ehre anthon sollen, den Friedensvertrag vorzulegen, nachdem der Krieg mit österreichischem Gelde und österreichischem Blute geführt wurde. Er sieht darin die Abneigung des Ministeriums gegen die Öffentlichkeit. Dem Publikum sei eine Depesche zur Kenntniß gekommen, welche dem Ministerium wirklich nicht zur Schande gereiche, aber es habe erst eines Tischlergesellen, der einen Schreibtisch reparirte, bedurft, um der Depesche Publizität zu verschaffen. Ende 1863 habe es in der schleswig-holstein'schen Frage nur eine Stimme gegeben. Die Politik des Grafen Rechberg in dieser Frage habe im Hause keine Anhänger gefunden, und nur der Umstand, daß der Staatsminister damals für ihn eintrat, hatte zur Folge, daß dessen Politik zu der Zeit nicht mit großer Majorität verurtheilt wurde. Würde das Ministerium besondere Erfolge aufweisen können, könnte man dem Ministerium auch seine besonderen Wege lassen. Man sprach Anfangs der Session von dem guten Einvernehmen mit den Mächten, aber mit solchen Mächten, mit denen wir nicht im Einvernehmen sein sollten, wenn bei uns Alles so wäre, wie es sein sollte. Wir stehen im guten Einvernehmen mit Frankreich, trotz der September-Konvention, trotz des Vertragsbruches, wir stehen im guten Einvernehmen mit Preußen, trotz des vertragsbrüchigen Abschlusses des preußisch-französischen Handelsvertrages, trotz seines Vorgehens gegen das Bundesrecht. Er wolle nicht zu Feindseligkeiten gegen diese Staaten rathen, aber rühmen dürfe man sich ihrer nicht. — Redner ergeht sich in Betrachtungen über die preußische Annexionspolitik und sagt, mit der Annexion der Herzogthümer werde eine imperialistische Politik eingeleitet, welcher auch ihr Nizza und Savoyen nicht fehlen werden. Er glaubt an die guten Absichten des Ministers des Aeußern, die Frage der Herzogthümer zu einem gedeihlichen Ende zu führen, aber er bitte ihn zu bedenken, daß das Recht eine Politik sei, erfunden von unseren Vorfahren und hingestellt als Schranken gegen jene Politik, die man allein als solche zu bezeichnen pflegt. Die eine schließe aber die andere aus, dießmal aber sei nur die eine, das Recht, zu beachten, aber man ist von dieser abgerathen und in das Geleise der anderen gekommen. Der Minister des Aeußern werde erkennen, wie schwer es sei, die Angelegenheit wieder auf die Bahn des Rechtes zurückzuführen. Redner gibt dem Minister den Rath, dem preußischen Cabinet auszusprechen, daß es nicht ohne Folge bleibe, wenn urkundliche Rechte der Völker mit Hohn und Rücksichtslosigkeit behandelt werden, und daß die Märztage nicht immer so kalt sind, wie heuer.

Abg. Giska resumirt die Debatte, welche bei derselben Gelegenheit im Vorjahre geführt wurde. Schon im Vorjahre habe das Haus den Wunsch ausgesprochen, die Regierung möge die italienische Frage so weit zum Abschluß bringen, daß das Kriegsbudget reducirt werden könne. Aber die Lage in Italien sei

statt besser, schlechter geworden, wenigstens seien wir auf die Nothwendigkeit einer Vermehrung der Truppen in Italien hingewiesen worden. Er könne aber nicht glauben, daß die Zusammenrottung einiger Duben die Großmacht Oesterreich schrecken könne. Auf die deutsche Frage übergehend, bemerkt Redner, daß die Resultate der Politik des Grafen Mensdorff von denen der früheren wenig abweichen, ja sie seien vielleicht noch schlechter geworden. Welches ist der Werth der Allianz mit Preußen, dessen Kriegeminister erklärt, Oesterreichs wegen seine Armee nicht reduciren zu können? Die Rechte der Herzogthümer treten immer mehr in den Hintergrund und es ist Preußen gelungen, den Einfluß Oesterreichs in Deutschland auf Null zu reduciren. Der Staatsminister habe gestern dem Hause den Vorwurf gemacht, es verlange, daß Oesterreich seine Großmachtsstellung aufgebe. Dieser Vorwurf sei nicht gerechtfertigt, denn stets fand es im Hause den lebhaftesten Anklang, wenn die Regierung aufgefordert wurde, die Großmachtsstellung des Reiches zu wahren. Kein Beschluß des Hauses, nicht einmal eine Aeußerung deute darauf hin, daß die Opposition ähnliches wolle. Redner weist auf England hin, welches äußere Politik so weit treibt, als es seine Interessen verlangen, wenn er dieß auch nicht vollkommen empfehlen wolle, so könne man davon doch Manches lernen. Große Heere allein können heutzutage nicht allein dem Staate das nöthige Gewicht in europäischen Fragen geben, dazu gehöre auch ein verständiger und richtiger Gang der äußeren Politik. — Redner geht auf die gestrige Rede des Staatsministers über und sagt, der Opposition handle es sich nicht um eine Person, sondern um die Sache und sie würde noch gerne heute der Regierung folgen, wie sie es früher that, wenn die Regierung nicht aufgehört hätte, die berechnete öffentliche Meinung in sich aufzunehmen. Die Opposition habe ein Programm, sie hat es in der Adresse niedergelegt und sie werde jeder Regierung folgen, welche die Gedanken der Adresse durchführen wird.

Abg. Rechaue spricht speziell über die deutsche Frage und macht Oesterreich den Vorwurf, daß es geduldet, daß Mensdorff überliefert, daß die Bundesstruppen verjagt u. s. w. Man spricht von einer Entschädigung, die Oesterreich erhalten soll, er könne sich keine denken. Oesterreich werde auf einen schmachlichen Länderschacher wohl nicht eingehen, eine Geldentschädigung sei keine Entschädigung und die Allianz mit Preußen habe keinen Werth, könne also Oesterreich auch nicht entschädigen. Redner findet, Oesterreich verliere immer mehr seine Großmachtsstellung, aber jetzt sei gerade ein Moment gekommen, wo es dieselbe zurückgewinnen kann, wenn es den vor wenigen Tagen in Frankfurt eingebrachten Antrag unterstützt. Oesterreich möge es befürworten, daß über die Herzogthümer nicht abgesprochen werden darf, ohne daß ihre gesetzliche Vertretung vernommen wird. Oesterreich darf nicht zugeben, daß die Herzogthümer vergerichtet werden. Wenn dies geschieht, wird Oesterreichs aus Deutschland hinausgedrängt, und es verliert seine Weltstellung.

Abg. Berger sieht ein radikales Heilmittel für die Finanzverhältnisse eben nur in den Abstrichen, denn ein konstantes Beseitigen des Deficits sei eben ein radikales Heilmittel. Er glaubt nicht, daß man mit den Abstrichen an der Grenze des Möglichen angekommen, denn man bestreite noch luxuriöse Ausgaben, die nicht nothwendig sind. Eines sei beispiels-

## Feuilleton.

### Laibacher Plaudereien.

(Frühlingsbetrachtungen — Folgen des langen Winters — Wohlthätigkeit — Die Mexikaner — Was Laibach noth thut — Vom Theater.)

Es ist eine alte Klage der Poeten — ob begründet oder nicht, lassen wir dahingestellt sein — daß die Welt immer profaischer werde und immer weniger ihr Denken, Fühlen und Dichten verstehe. Sie kann nichts dafür, die Welt, denn es wird ihr ja Alles entzogen, was sie noch poetisch stimmen kann. Seit ur-ur-urdenklichen Zeiten haben die Menschen alljährlich eine Zeit gehabt, in welcher sie sich an der erwachenden Natur, an grünernden Wäldern und Wiesen, an lauen Lüften, an Sonnenschein und duftigen Blüthen erfreuten. Das war die Zeit, wo sie Gedichte lasen oder anhörten, wo sie Lieder sangen und neue Regungen der Liebe fühlten. Man nannte diese Zeit Frühling. Wenn es nun keinen Frühling gibt, wie heuer; wenn der meteorologische Kreislauf immer folgender ist: Bora, Frost, Nebel, Schneegestöber, Bora, Frost, Nebel u. s. w. in infinitum, wo soll da der Sinn für Poesie herkommen? Der Winter nimmt kein Ende und das für das nächste Concert der philharmonischen Gesellschaft auf's Programm gesetzte Mendelssohn'sche „Frühlingelied“ ist trotz dem Kalender als ein Anachronismus zu betrachten.

Die lange Dauer des Winters ist doppelt man-genehm; nicht nur daß sie uns internirt und das Hinausgehen in Wald und Feld verbietet, sie steigert auch die Verlegenheiten des Landmannes, der seine Felder nicht bebauen kann und seine Vorräthe in bedenklicher Weise zusammenschmelzen sieht; sie steigert die Noth, die in Innerkrain in so betrübender Weise aufgetreten ist; sie steigert die Sorgen des armen Tagelöhners, der bei dem Stillstand der Arbeiten sich nichts verdienen kann, der sein Heizmaterial verbraucht hat und nun mit seiner Familie hungert und friert. Wenn der Frühling endlich käme, er würde wirklich „einem allgemein gefühlten Bedürfnisse“ abhelfen.

Indessen, die Menschheit verzweifelt nicht; sie hifft dort, wo die Noth am größten, und denkt: es wird schon wieder besser werden. Die Gaben für die Nothleidenden in Innerkrain fließen so reichlich, daß nicht nur das Schlimmste abgewendet werden kann, sondern, daß auch der alte, oft bewährte Wohlthätigkeits-sinn, besonders der Laibacher, auf's Neue bestätigt wird. Es thut dem Herzen des Menschenfreundes wohl, wenn er gewahrt, daß der humane Sinn noch nicht verloren ist, daß gute und edle Bestrebungen neue Siege feiern. Und ein eigenthümlicher Hang des Menschen ist es, auch seine Wohlthätigkeitsakte in ein heiteres, humoristisches Gewand zu hüllen. Die Verlosung im Gasthause des Herrn Florian Fischer, die, wie wir gestern meldeten, ein so bedeutendes Resultat lieferte, ist der Beweis dafür.

In unserem geselligen Leben merkt man übrigens das nahe Ende der Saison. Mit den winterlichen Unterhaltungen will es nicht mehr recht gehen; sie behagen nicht mehr. Auch hat das Entfernen eines zwar außergewöhnlichen, aber doch nicht unwesentlichen Elementes aus den gesellschaftlichen Kreisen eine Lücke gemacht, die erst wieder ausgefüllt werden muß. Die Abreise des mexikanischen Freiwilligenkorps wird in den verschiedensten Schichten der Bevölkerung gespürt. In dem öffentlichen Verkehr fehlen die auffallenden Erscheinungen, die abenteuerlichen Gestalten mit rothen Mützen, rothen Hosen, blauen Blousen und weißen Koken, welche dem Straßen- und Gasthausleben ein so buntes Kolorit verliehen; im geschäftlichen Verkehr vermisst man eine Menge Konsumenten, welche die Restaurationen und Caffeehäuser fructivativ machten; in allen Gewölbten und Verkaufsläden merkt man, daß die Bevölkerung um etliche Tausende abgenommen hat. Laibachs Aufblühen in gesellschaftlicher und industrieller Beziehung hängt wie man jetzt wohl merken wird, von der Zunahme der Population, von der Vermehrung der Konsumenten ab, und man sollte eifrigst bestrebt sein, deren so viel als möglich hierher zu ziehen, sie aber nicht durch unbuldsames Wesen, durch stetes Vorwerfen, daß sie „Fremde“ sind, verschrecken. Diese Lehre haben die „Mexikaner“ gegeben, und wir rathen, sie sehr zu beherzigen.

In unserem Theater merkt man auch, daß das Ende der Saison bevorsteht. Das Publikum hat

weise die Ausgabe für die Botschaft in Rom. Er sei bei dieser Besprechung ferne von jeder persönlichen Auffassung, denn er wünsche nichts schulischer, als daß jener Mann, der Oesterreich in Rom repräsentirt, noch lange unter dem heitern Himmel Italiens weile. Aber er finde, daß die Resultate der Repräsentanz Oesterreichs in Rom, welche wie Redner anrechnet, 91.000 fl. kostet, zu den Kosten in keinem Verhältnisse stehen. Redner findet auch die österreichische Gesandtschaft in Mexiko, welche bei 42.000 fl. kostet, überflüssig, da er vergebens in dem bisherigen Budget einen Aufwand für eine Vertretung Oesterreichs in Mexiko suche. Er verkenne nicht, daß es manche Beziehungen zwischen Oesterreich und Mexiko gebe, welche eine Vertretung dort notwendig machen, aber die Ziffer scheine ihm zu hoch, da die Vertretung in Washington nur 13.800 fl. und die in Rio Janeiro nur 15.000 fl. koste. Der Gesamtaufwand unserer diplomatischen Missionen in Deutschland sei 230.795 fl. und betrage nahe ein Achtel des Gesamtaufwandes des Ministeriums des Aeußern. Redner findet es klar, daß es Gesandtschaften in Frankfurt und Berlin geben müsse, aber die Gesandtschaften in den kleineren Staaten hält er für überflüssig und glaubt, die Gesandtschaft in Frankfurt könnte die Geschäfte für die kleinen Missionen in Cassel, Darmstadt &c. übernehmen und diese könnten aufgelassen werden. Für das Geld, das dabei erspart würde, könnte der Kriegsminister 2 Bataillone Infanterie bezahlen, welche offenbar eine bessere Wirkung erzielen als diese Gesandtschaften. Er stellt schließlich den Antrag, das hohe Haus wolle beschließen: „Die Regierung werde aufgefordert, vom 1. Jänner 1866 den Aufwand für die Botschaft in Rom und die Gesandtschaft in Mexiko und an den kleinen deutschen Höfen in einer den Finanzen des Staates und den Vertretungsbedürfnissen entsprechenden Weise zu regeln und namentlich die Gesandtschaften in Cassel, Darmstadt und Baden aufzulassen.“ (Wird unterstützt.)

Abg. Tinti erklärt, er wolle ein Recht des Hauses wahren, in äußeren Angelegenheiten mitzureden. Er beklagt sich über die Art und Weise, mit welcher der frühere Minister des Aeußern dem Hause in hochmüthiger und geringschätzender Weise zu verstehen gab, es verstehe nichts von der äußeren Politik, aber er habe die Ueberzeugung, daß man nicht bloß in den Salons staatsmännische Weisheit lerne, wo die jungen Diplomaten sie suchen. — Redner verlangt ebenfalls die Vorlage des Friedensvertrages mit Dänemark, da nach seiner Ansicht die Volksvertretung jedenfalls das Recht habe, denselben zur Kenntniß zu nehmen. — In der Herzogthümerfrage bemerkt Redner, der Mitbesitz Oesterreichs sei für diese ein Glück, sonst wären sie schon preussisch. — Schließlich beantragt der Redner anlehnd an die Propositionen der Regierung, das hohe Haus wolle beschließen: 1. es seien die außerordentlichen diplomatischen Auslagen mit 46.060 fl. einzustellen; 2. das Gesamterforderniß mit 2,226.430 einzustellen; 3. innerhalb dieses Betrages Birements zu gestatten. (Die Ziffer des Gesamterfordernisses des Ministeriums des Aeußern wird durch diesen Antrag um 9000 fl. geringer, als sie der Finanzausschuß beantragt.) Der Antrag wird zahlreich unterstützt.

Abg. Schindler ergeht sich in sarkastischer Weise über die Mißachtung, welche das Haus angeblich erfahre, wenn es sich um äußere Angelegenheiten handle. Napoleon I. und Napoleon III. hätten ihre

keine rechte Lust mehr an den Vorstellungen, das schließen wir aus dem schwachen Besuche; selbst an jenen Abenden, die noch unterhaltend genannt werden können, gewahrt man die Zuschaueräume nur spärlich gefüllt. Und doch ist der Winter dem Theaterbesuche so günstig, daß man fast glauben sollte, der Direktor habe mit Schnee und Bora einen Pakt geschlossen, sie sollten vor Palmsonntag nicht aufhören zu wüthen. Was wäre, wenn wir, wie sonst, im März schon die angenehmsten Abende im Freien hätten? Da hätten die Thore des „Musentempels“ (wie lucus a non lucendo) schon längst geschlossen werden können. Noch acht Tage, dann verlassen sie uns, die Könige und Prinzen, die Helden und Prinzessinen, die Salondamen und komischen Alten, die Rentiers und Stiefelwischer der Bretter, welche die Welt bedeuten, und ziehen wieder fort; wohin? Ein Theil soll, wie wir hören, mit dem Direktor Caliano nach Triest gehen, wo derselbe eine Reihe von Vorstellungen im teatro filodrammatico zu geben gedenkt. Ob er Geschäfte machen wird?

Mittlerweile ist unser Theater wieder auf ein Jahr angeschrieben worden. Wir halten das Abschließen eines Kontraktes mit einem Unternehmer auf ein Jahr für höchst unvortheilhaft, wie wir überhaupt die ganze oberste Leitung für eine, weder dem Geiste der Unternehmung, noch der Kunst erspriessliche halten, welches zu beweisen wir in einem nächstens erscheinenden Artikel Gelegenheit nehmen werden.

diplomatische Bildung auch nicht in einer Gesandtschaftsanlei in Hessen-Kassel erhalten und haben doch manche diplomatische Errungenschaft aufzuweisen. Er hält die preussische Allianz für eine Errungenschaft der reaktionären Partei Preußens, welche es Oesterreich nicht vergönnte, daß es auf Grund seiner Verfassung sich entwickle und in seiner Machtstellung steige. Er hält die Herzogthümer bereits für eine Beute Preußens, Oesterreich werde nur der Ruhm bleiben, daß es — ehrlicher war. Auf unsere Beziehungen zu Italien übergehend schildert Redner unsere früheren blühenden Handelsbeziehungen zu Italien, welche ganz abgebrochen sind. Italien sei jetzt noch heute nach unseren Produkten, und es sei Aufgabe der Regierung, diese Verbindung wieder anzuknüpfen. Wenn man mit dem Feinde auch nicht unterhandeln wolle, Geschäfte könne man mit ihm machen.

Abg. Mühlfeld spricht über die prinzipielle Frage, ob unsere Angelegenheiten vor den Reichsrath gehören und zeigt aus dem Wortlaute der Verfassung, daß sie als gemeinsame Angelegenheit jedenfalls vordenselbe gehören. Im Friedensvertrage habe der Kaiser und der König von Preußen die Garantie für die Schuld der Herzogthümer übernommen, und das sei jedenfalls eine Belastung der Finanzen. Wenn auch nach der Verfassung die Erwerbung von unbeweglichem Staatseigenthume nicht vor den Reichsrath gehört, so könne doch ohne dessen Zustimmung kein unbewegliches Gut veräußert werden, und er sei begierig, wie die Regierung sich dem Hause gegenüber verhalten werde, wenn der von Oesterreich erworbene Mitbesitz der Herzogthümer an einen anderen übergehen soll. — Redner verlangt, Oesterreich möge den eben in Frankfurt gestellten Antrag unterstützen, und es möge einem Beschlusse beitreten, der nöthigenfalls vom Bunde zu exequiren ist. Der deutsche Bund muß agiren, schließt Redner.

Abg. Herbst bekämpft den Antrag des Freih. Tinti. Derselbe habe wohl das Verlockende, daß er einen um 9340 fl. größeren Abstrich projekirt, aber er finde die Gestattung von Birements für bedenklich und könne einem Abstrich nicht beistimmen, wenn er nicht wisse, woran es abgestrichen wird. Er glaubt, es werde der Abstrich an den Perzentualzuschüssen erspart werden, und das sei kein finanzieller Gewinn, da die Perzentualzuschüsse immer um 5% unter dem Agio bewilligt werden und es in Aussicht stehe, daß das Agio bald auf 5% sinke und die Perzentualzuschüsse dann ganz erspart werden. Gestattet man die Birements nicht, so werde, wenn das Agio sinkt, die Ersparung dem Staate zu Gute kommen, während sie bei Gestattung des Birements der Verwendung des Ministers anheimgestellt bleiben. Deshalb könne er nur die Annahme des Antrages empfehlen.

Präsident schließt die Sitzung um 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Nächste Sitzung morgen.

#### 40. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 30. März.

Auf der Ministerbank: Mensdorff, Mecksöry, Plener, Hein, Frank, Ministerialrath Menschengen (Ministerium des Aeußern), später Schmerling.

Nach Vorlesung des Protokolls wird zur Fortsetzung der Generaldebatte über das Budget des Ministeriums des Aeußern geschritten.

Abg. Cypri ergreift zuerst das Wort, um, da man gestern die Opposition charakterisirt, auch seine Anschauungen darüber mitzutheilen. Die prinzipielle Opposition sei im Hause nicht vertreten, das zeigen die leeren Plätze der Czechen, Ungarn &c. Er stimme darin mit dem Staatsminister vollkommen überein, daß die jetzige im Hause vorhandene Opposition nicht das Material liefern könne, aus dem man Minister macht, sie sei übrigens keine eigentliche Opposition, da sie dieselben Prinzipien verfolge, wie das Ministerium. Man habe das Ministerium zur Umkehr aufgefordert, eine solche Umkehr scheine ihm nur dann vortheilhaft, wenn sie vom Zentralismus zum Föderalismus sich wendet. Darin würde er auch einen weiteren Schritt zur Lösung der ungarischen Frage erblicken. Seine Ansicht sei die von Millionen Steuerträgern. — Auf die deutsche Frage übergehend, erklärt Redner, die Slaven hätten keine Sympathie für dieselbe. Ihnen wäre es gleichgültig, ob die Herzogthümer preussisch werden oder nicht, wenn nur Oesterreich dabei nichts verliert. Die Slaven hätten keine Sympathie für die preussische Allianz, aber auch nicht für die Kleinstaaten, welche stets ein Zankapfel waren und bleiben werden. Die obschwebenden Fragen will Redner auf folgende Weise lösen: Preußen nehme sich die Herzogthümer und trete an Oesterreich die Grafenschaft Glaz ab (links Gelächter), der Rest wäre durch Geld auszugleichen (verstärktes Gelächter.) Die Slaven fassen die deutsche Frage aber anders auf, als die deutschen Abgeordneten. Redner wünscht ferner einen Handelsvertrag zwischen Oesterreich und Italien als Einleitung zu einem Bündniß. Es sei dieß um

so eher anzustreben, als man wiederholt erklärte, Oesterreich verfolge keine aggressive Politik.

Abg. Tinti ergreift das Wort, um seinen Antrag nochmals zu bekräftigen. Dr. Herbst habe gestern gesagt, er wisse nicht, an was der Abstrich von 9000 fl. gemacht werden soll. Diese Einwendung habe keinen Grund, weil er eben im Punkt 1. seines Antrages ausdrücklich erklärte, der Abstrich sei an den diplomatischen Auslagen zu machen. Wenn man aber einen so großen weiteren Abstrich erzielen wolle, sei es nur möglich, wenn man dem Ministerium Birements gestatte. Diese Ueberzeugung habe übrigens schon der Finanzausschuß gehabt. Wenn man durchgreifende Abstriche erzielen will, müsse man dem Ministerium eine freiere Bewegung gestatten.

Abg. Kromer erwidert auf die gestrige Rede des Dr. Wikra, um die ministerielle Partei gegen die Anfälle derselben in Schutz zu nehmen; bei der Richtung, welche die meisten öffentlichen Blätter verfolgen, gehöre wirklich Muth dazu, sich offen für das Ministerium zu erklären. Redner setzt sehr wenig Vertrauen in eine Leitung des Staates durch die Männer der gegenwärtigen Opposition. Das österreichische Staatsschiff bedürfe ruhiger Leitung durch die Klippen, welche es umgeben, die Männer der jetzigen Opposition würden es an der ersten Klippe zerschellen lassen.

Abg. Loman tritt den Ausführungen Cypri's entgegen. Er gehöre zu jener Partei, welche eine starke Zentralregierung mit voller Befriedigung der staatsrechtlichen Forderungen der Völker verlangt. Er zähle zur gegenwärtigen Opposition, wenn er auch weit entfernt sei, Zentralist zu sein. Aber der Wunsch nach einem geregelten Staatshaushalte und konstitutionellen Einrichtungen bewegen ihn mit der Opposition zu gehen. Er bekämpft die Ansichten Cypri's betreffs der deutschen Frage, und sagt, er wisse nicht, von wem er (Cypri) das Mandat zu seinen Erklärungen habe, von ihm habe er es nicht.

Abg. Kuranda regt den im Vorjahre bereits ausgesprochenen Wunsch nach einem Blaubeche abermals an und will einen diesfälligen Antrag in der Spezialdebatte einbringen. Er hofft, der jetzige Minister des Aeußern werde diesen Wunsch erfüllen. Wie notwendig ein solches Buch sei, sehe man in der deutschen Frage. So sehr diese Frage die Interessen der Bevölkerung berühre, so erfahre man doch nichts über den Stand derselben. Man wisse nur, daß man dort einen Freund habe, denn man unterirdisch bekämpfe, über den eigentlichen diplomatischen Kampf, der geführt wird, erfahre man nichts. Redner besorgt, Oesterreichs Einfluß in Deutschland bald ganz vernichtet zu sehen. Es gebe jetzt eine Frage in der äußeren Politik, die noch wichtiger sei als die finanzielle. Wenn es Preußen gelingt in Deutschland die Zügel zu ergreifen, dann sei es mit Oesterreichs Stellung in Deutschland zu Ende. Wo ist dann der Mann, der Oesterreich zusammenhalten soll, wenn Oesterreich nicht mehr seine Stellung in Deutschland besitzet. Man habe heute schon eine schwächere Stimme gehört, welche dann lauter ertönen werde. Der Bestand Oesterreichs sei dann in Zweifel gestellt. Darauf leite er die Aufmerksamkeit des Hauses.

Abg. Brinz nennt den Vorschlag Cypri's einen schändlichen Schacher und sagt, er könnte nicht mehr stolz sein auf den Namen eines Oesterreichers, wenn die Regierung solche Wege verfolgen könnte. Redner weist auf Campo Formio hin, wo Oesterreich auf ähnliche Weise in den Besitz eines Landes kam, welcher Erwerb ihm noch wenige Vortheile brachte.

Abg. Herbst replizirt auf die Ausführungen des Abg. Tinti. Er weist auf die Verathungen des Subkomit'es hin, um zu zeigen, daß auch dieses sich nicht unbedingt für Birements ausgesprochen. Ihm scheinen die Birements, wenn sie unbedingt bewilligt werden, gefährlich. Bezüglich des in Debatte stehenden Punktes habe der Finanzausschuß sich nie für Birements ausgesprochen.

Abg. Winterstein spricht von dem Handelsvertrage mit dem Zollverein. Er bezieht sich auf das, was er in dieser Beziehung in der Adressdebatte gesagt und bedauert nunmehr nur Klage führen zu können über diese verfahrenene Angelegenheit. Denn was bisher darüber verlautete, kann nicht beruhigend wirken. Redner bekräftigt die Förderung von Handelsverbindungen mit Italien und weist darauf hin, daß man es veräuerte Handelsverträge mit den Donaufürstenthümern abzuschließen.

Präsident schließt die Generaldebatte.

Minister des Aeußern Graf Mensdorff erklärt, er halte die Diplomatie für kein Zustimmungsgegenstand, er theile vielmehr vollkommen die hier ausgesprochene Ansicht, daß es jedem unterrichteten und einigermaßen begabten Menschen möglich sei, ohne eine diplomatische Schule durchgelaufen zu haben, sich ein richtiges Urtheil in Fragen der äußeren Politik zu bilden. Aber ebenso halte er an der Ansicht fest, daß die Behandlung der äußeren Fragen die größte Discretion erheische, wenn man nicht gesonnen ist, das

## Aussland.

diplomatische Feld zu verlassen und auf das der Thätlichkeit zu übergehen. Das Wort, welches von den Lippen eines Ministers des Aeußern eines Großstaates in die Öffentlichkeit fällt, fährt der Minister fort, muß genau und wohlwogen sein, weil es dem Staate die Verbindlichkeit auferlegt, nöthigenfalls mit seiner ganzen Macht daselbe zur Geltung zu bringen (Ruf: Sehr wahr und Bravo!) Das mag wohl auch der Grund sein, daß zu allen Zeiten und aller Orten die Obervanz der Zurückhaltung eine der ersten Regeln der Diplomatie gebildet hat, und noch bildet. Nach dem in diesem hohen Hause mit hinreichend düsteren Farben entworfenen Bilde unserer Verhältnisse wird es für denjenigen, welcher mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraut zu sein die Ehre hat, zur doppelt heiligen Pflicht, sein ganzes Bestreben der Erhaltung des Friedens zuzuwenden, dessen das Reich in jeder Hinsicht so bedürftig zu sein erscheint.

Diesen Zweck wenigstens glaubt man nie aus den Augen verloren zu haben und denselben durch den von dem kaiserl. Kabinete eingeschlagenen Weg insoweit erreicht zu sehen, daß in diesem Augenblicke eine ernstliche Kriegsgefahr von keiner Seite droht. An eine schnelle Lösung einer so verwickelten Frage, wie die schleswig-holstein'sche, hat wohl niemand ernstlich geglaubt. Wäre die Rechtsfrage so unbestritten klar und unzweifelhaft, wie sie hier von manchen Seiten dargestellt wird, so würden wohl nicht so verschiedenartige Auffassungen darüber obwalten und die Sache würde längst ihre Lösung gefunden haben. Das kaiserl. Kabinete wird Gelegenheit haben, am 6. April in Frankfurt den Standpunkt zu bezeichnen, den es in dieser Frage einzunehmen gedenkt. Durch den Mitbesitz in den Herzogthümern ist Oesterreich in der Lage, eine für sich nachtheilige Lösung hintanzuhalten und die berechtigten Ansprüche des deutschen Bundes zu wahren (Bravo links). Dieselben Vortheile genießt Preußen mit der gleichen Berechtigung und wir hegen die Zuversicht, daß es gerade der viel versprochenen Diplomatie gelingen werde, eine Lösung zu ermöglichen, ohne das Einverständnis mit Preußen zu gefährden, welches trotz aller gegentheiligen Behauptungen meiner innern Ueberzeugung nach die Einmischung des Auslandes in deutsche Angelegenheiten bis jetzt hintangehalten hat. Ich sehe darin auch jetzt noch die Grundlage zu einer größeren Einigung Deutschlands und somit auch zur Hebung des Ansehens dem Auslande gegenüber. Eine minder besonnene Politik würde uns wahrscheinlich bereits in einen Krieg verwickelt haben, über dessen Dimensionen und Konsequenzen ich ein Urtheil abzugeben mich enthalten muß. Ob aber dadurch die finanziellen Schwierigkeiten vermindert, sowie die Entwicklung unserer staatlichen Gestaltung befördert worden wäre, das sind Fragen, die sich wohl von selbst beantworten. Was die volkswirtschaftlichen Interessen des Reiches betrifft, so können Sie meine Herren! überzeugt sein, daß das kaiserl. Ministerium sich gewiß in vollstem Maße angelegen sein lassen wird, sie zu fördern, soweit es in seinem Ressort liegt. Daß aber auch auf diesem Gebiete sehr große Schwierigkeiten zu überwinden sind, müssen Sie selbst zugestehen. Das Verhältniß mit Italien hat seine Schwierigkeiten. Die feindliche Haltung kommt nicht von Oesterreich allein, sondern sie wird fortwährend von dortaus beobachtet und bei allen öffentlichen Kundgebungen wird nichts verabsäumt, unseren Besitz in Italien als einen unberechtigten und als einen Angriff auf Italien zu bezeichnen. Daß ein solches Vorgehen für das Ministerium des Aeußern eine nicht geringe Schwierigkeit bietet, um einen mit der Ehre und Würde Oesterreichs vereinbarlichen Weg zu finden und den österr. Handelsinteressen, die gewiß ihre volle Berechtigung haben und auch die vollste Berücksichtigung verdienen, einen Ausweg nach dieser Richtung zu schaffen, werden Sie, meine Herren mir auch zugeben müssen.

Angeichts der während der Debatte aufgestellten Behauptung, daß der Friedensvertrag mit Dänemark dem Staate finanzielle Lasten auferlege, kann ich mich nur auf meine frühere Erklärung berufen, daß von einer eventuellen Belastung keine Rede sein kann, weil der Art. IX nur die Garantie enthält, daß von der neuen Regierung der Herzogthümer der ihr zur Last fallende Antheil der dänischen Staatsschuld unter den dort angegebenen Modalitäten übernommen werde. Daß eine gleiche Auffassung von der königlich preussischen Regierung getheilt wird, ist altemäßig konstatiert. Die Regierung hat daher, weil keine Zahlungsverpflichtung aus dem Friedensvertrage abgeleitet werden kann und auch nicht die Legislative in irgend einer Weise berührt wird, in Folge eines Ministerialbefchlusses, daß eine Verpflichtung hiezu nicht vorhanden sei, sich veranlaßt gesehen, den Friedensvertrag dem h. Hause nicht vorzulegen.

(Schluß folgt.)

**Paris.** Zwischen Frankreich und der Türkei ist ein Konflikt ausgebrochen, so daß Marquis de Moustier Konstantinopel verlassen hat, um sich über sein weiteres Verhalten endliche Instruktionen einzuholen. Anlaß dazu hat die Angelegenheit des Suez-Kanals gegeben. Zuerst hatte man gehofft, der Urtheilspruch des Kaisers werde auch vom Sultan angenommen werden, und man sah vor Allem der Abberufung des anti-französischen Djemil Pascha entgegen. Diese war bereits zugesagt, wurde jedoch später wieder rückgängig gemacht, was die französische Regierung sehr übel nahm. Uebrigens fürchtet man hier sehr, daß der englische Einfluß in Konstantinopel wieder das Uebergewicht bekommen könnte.

## Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 1. April.

Wir haben heute eine Nachricht mitzutheilen, die sicher im ganzen Lande die freudigste Aufnahme finden wird. Laut Erlaß des h. Finanzministeriums vom 21. März hat Se. Majestät der Kaiser geruht mit Entschließung vom 31. Dezbr. 1864 den Kontribuenten von den bis einschließlich 1864 erweisbaren Grundsteuerrückständen in allen jenen Fällen, in denen nach der Bestätigung der Finanz- und politischen Behörde eine durch die Zeitverhältnisse herbeigeführte Zahlungsunfähigkeit vorhanden ist, die auf diese ausgewiesenen Beträge ohne weitere Anwendung von Gewaltmaßregeln in umfassender Weise in Abschreibung zu bringen. Es sind jedoch früher die Verhältnisse, welche die Zahlungsunfähigkeit der einzelnen sich im Rückstand Befindenden genügend zu erheben und mit Gewissenhaftigkeit in Erwägung zu ziehen, um einerseits berechtigten Ansprüchen nachzukommen, und andererseits unberechtigte Ansprüche zu vermeiden.

In Folge dieser Allerhöchsten Gnade sind sogleich alle Exekutionsschritte sowohl bezüglich des Mobiliars als des Reals aus Anlaß der Grundsteuerrückstände bis einschließlich 1864 bei jenen einzustellen, welche in der That zahlungsunfähig sind.

Die Finanz-Direktion hat bereits alle Steuerbehörden beauftragt, die Nachweisungen über die Steuerunfähigen bis 15. April vorzulegen.

— Heute Nachmittag, 5 Uhr, findet eine Sitzung des Gemeinderathes statt. Auf der Tagesordnung stehen: Bürgeranelobungen; Interpellationen; Vortrag der Bausektion über die im laufenden Jahre vorzunehmenden Gassenpflasterungen und Kanalbauten; Vorträge der Schulsektion: a) über das Gesuch des Franz Gerkmann um eine Remuneration, b) wegen Pauschirung der Schulforderungen für die städt. Knabenhauptschule bei St. Jakob, c) über die Rechnung der Realschul-Direktion pro 1863; Vorträge der Finanzsektion: a) über die Beschwerde der Anna Markel, betreffend einen Marktstättenzins, b) betreffend die Baumschule, c) betreffend den Verkauf eines Theiles des Golovberges. Hierauf: geheime Sitzung.

— Der Verwaltungsrath der k. k. priv. Südbahn-Gesellschaft in Wien hat über Verwendung des hiesigen k. k. Landes-Präsidenten die Beförderung der für die Nothleidenden der Bezirke Adelsberg, Laas, Senofetsch und der Ortschaft Podtraj, im Bezirke Wippach, bestimmten Sendungen von Lebensmitteln und Samengetreide von Laibach ab bis zur Gesamtmenge von 4000 Zentnern zu dem Preise von 0.7 kr. pr. Zentner und Meile und der ermäßigten Nebengebühr pr. 1 kr. pr. Zentner bewilligt.

— Die von Dr. Toman aus Wien hierher gemeldete Nachricht, daß die Regierung gewillt sei, den Nothleidenden in Innerkrain, falls die vaterländischen Hilfsmittel nicht ausreichen, aus Staatsmitteln Hilfe angedeihen zu lassen, hat sich nicht bestätigt. Dr. Toman gibt hierüber eine Erklärung ab und erzählt, daß der Herr Staatsminister die Hilfe von Staatsmitteln wirklich zugesagt, aber später auf eine Anfrage die Eröffnung gemacht habe, „daß in Anbetracht, als nach den eingezogenen Berichten und Ausweisen über die Futtervorräthe in den gedachten Bezirken Innerkrains von einer Hungersnoth gar nicht die Rede sein kann, sondern höchstens der Mangel an Samen für die Aussaat im Frühjahr zu besorgen ist, eine Staatshilfe nicht geboten erscheine.“

— Das morgige Concert der philharmonischen Gesellschaft findet nicht Abends, sondern Nachmittag um halb 5 Uhr statt.

— Drei mexik. Freiwillige sind, wie „Tempo“ erfährt, im alten Lazareth, wo sie Wache standen, „vergessen“ worden und daher in Triest zurückgeblieben.

(Theater.) Die gestern Abend zur Aufführung gekommene Operette „die schöne Müllerin“ nach dem gleichnamigen Lustspiele, Musik von Herr, hat wenig Anklang gefunden. Der Grund dafür lag darin, daß die Musik weder besonders originell noch gefällig ist, und daß die Aufführung selbst höchst mittelmäßig war. Möglich, daß bei einer besseren Besetzung auch der Effekt ein anderer sein wird. Das Theater war sehr schwach besucht.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte.) In der nächsten Woche finden bei dem hiesigen k. k. Landesgerichte folgende Schlußverhandlungen statt: Am 5. April: 1. Simon Drobnic und Margaretha Frank — wegen Betrug; 2. Daniel Zabolotni — wegen Diebstahl. Am 6. April: 1. Mathias Sejko und Genossen — wegen Diebstahl; 2. Lorenz Seme — wegen Diebstahl; 3. Andreas Verbe und Josef Verbe — wegen schwerer körperlicher Beschädigung. Am 7. April: 1. Johann Stejin — wegen Diebstahl; 2. Johann Lustrel — wegen Diebstahl.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

## Original-Telegramm.

Wien, 1. April. Ihre Majestät die Kaiserin wird morgen zurück erwartet.

Im Abgeordnetenhaus theilt Minister Schmerling mit, die Regierung habe anlässlich der sibirischen Pest Aerzte nach Petersburg geschickt, da Kongresspolen noch keinen Halt bietet; eventuell sei eine gemischte Kommission ernannt.

Der Stat für die ungarische Hofkanzlei kommt zur Berathung. Schmerling erklärt, die Regierung habe keine Sympathie für die Altkonservativen. Der Stat wird nach dem Antrage des Finanzausschusses angenommen.

Dresden, 30. März. (N. Fr. Pr.) Nach den neuesten Berliner Instruktionen für den preussischen Bundestags-Gesandten ist eventuell dessen Abberufung von Frankfurt am 6. April zu gewärtigen.

Berlin, 30. März. Die Militärkommission hat heute des Amendement Stavenhagen: Fixirung des Präsenzstandes der Armee auf 180.000 Mann mit 11 gegen 8 Stimmen abgelehnt.

Breslau, 30. März. (N. Fr. Pr.) Die preussische Regierung proponirt dem heiligen Vater: Aufhebung des Erzbisthums Gnesen und Posen, Einverleibung des Diöcesan-Gebietes in die Bisthümer Pommern und Breslau und in ein zu freirendes, mit der Feldprobstei der preussischen Armee zu kombinirendes Bisthum Berlin. Des Vorschlages eines Nachfolgers des Erzbischofs Pryluski glaubt die Regierung sich demgemäß enthalten zu müssen.

Samburg, 30. März. (N. Fr. Pr.) Herr v. Zedlitz warnt in einem amtlichen Schreiben unter Berufung auf höhere Befehle den Herzog von Augustenburg vor Partei-Agitationen. Ein Protestschreiben des Herzogs ist gestern nach Berlin abgegangen.

Samburg, 30. März. (N. Fr. Pr.) Das Verhältniß zwischen der Einwohnerschaft von Kiel und dem preussischen Militär scheint sich sehr gereizt zu gestalten. Nach hier eingetroffenen Berichten gab gestern ein preussischer Wachtposten Feuer auf einen Zivilisten.

Turin, 29. März. Der Senat hat mit 70 von 104 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die Durchführung der Zivilehe auf einheitlichem legislativem Wege angenommen.

Rom, 29. März. Die im Konsistorium am 27. d. M. gehaltene päpstliche Allokution beklagt und tabelt die Haltung des Kaisers von Mexiko, hofft, daß er zu anderen Gesinnungen gelangen werde, und lobt die Bischöfe der katholischen Welt, besonders die italienischen Bischöfe für ihren Eifer in Vertheidigung der Religion und der Freiheit der Kirche, ungeachtet der Verordnungen der Zivilbehörden.

Paris, 30. März. (N. Fr. Pr.) Heute wurde der europäische Telegraphen-Vertrag (einheitlicher Tarif) unterzeichnet. Gerüchtweise verlautet, General Fleury soll zum Kriegsminister und Baleski zum Präsidenten des gesetzgebenden Körpers ernannt werden.

Nachrichten aus Rom zufolge verweigert der Papst noch immer die Reorganisation der päpstlichen Armee.

Paris, 30. März. (Fr.) Der „Constitutionnel“ spricht in einem Artikel über die ungarische Frage die Ansicht aus, daß ebenso die absolute Centralisation, als die ungarische Verfassung von 1848 unausführbar sei; gleichwohl sei ein Compromiß zwischen Wien und Pest möglich.

## Theater.

Heute Samstag: Zum Vortheile der Schauspielerinnen Pauline Kübler: **Neerut und Dichter.** Lustspiel in 3 Akten, von Heinrich Hoffmann.